

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederrheinische Zeitung)

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Willy. Probst, Schierstein.

Anzeigen
kosten die einspaltige Kolonelle
ober deren Raum 16 Bsp.
Für auswärtige Besteller 20 Bsp.
Reklamen 60 Bsp.

Bezugspreis
monatlich 80 Bsp., mit Bringer-
lohn 85 Bsp. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 M.
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 142

Samstag, den 30. November 1918.

26. Jahrgang

Infolge der durch die Einführung des
Achtstundentages veränderten Arbeitseinteilung bitten
wir, Anzeigen bis abends 6 Uhr vor dem Erschei-
nungstage bei uns einzureichen. Spätere Zusendungen
müssen, abgesehen von dringenden Fällen, für die
nächsterscheinende Nummer zurückgestellt werden.

Die Redaktion.

Die Abdankung des Kaisers.

Berlin, 29. Novbr. (W. B.) Um aufgelauchten
Missverständnissen über seine Abdankung zu begegnen,
hat Kaiser Wilhelm II. in einer staatsrechtlich einwand-
freien Urkunde auf seine Rechte an der Krone Preußens
und der damit verbundenen deutschen Kaiserkrone ver-
zichtet. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

„Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die
Rechte an der Krone Preußens und der damit verbun-
denen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich
entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und
Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mann-
schaften der Marine, des preussischen Heeres und die
Truppen der Bundeskontingente des Freireiches, den sie
mir als ihrem Kaiser, König und obersten Befehlshaber
geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur
Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der
tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche
Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie,
Hungersnot und Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer höchstselbständigen Unter-
schrift und beidgedrucktem kaiserlichen Insigne.

Gegeben Amerongen, den 28. November 1918.

gez. Wilhelm.

Zur Vorgeschichte des Krieges.

Äußerungen Wilhelms II.

Köln, 29. Novbr. Der frühere Berichtsführer
der „Köln. Zeitung“ Prof. Wagner, hatte am Tage
vor der Kieler Revolution eine dreiviertelstündige Unter-
haltung mit dem deutschen Kaiser, in der dieser erklärte,
die ganze Politik der letzten Wochen vor dem Kriegs-
ausbruch sei von Bethmann und Jagow allein
gemacht worden. „Ich wußte nichts mehr davon. Sie
haben mich durchaus gegen meinen Willen nach Nor-
wegen geschickt. Ich wollte die Reise nicht machen, da
die Spannung der Lage nach der Ermordung Franz
Ferdinands auf der Hand lag. Indessen erklärte der
Reichskanzler: „Majestät müssen die Reise antreten, um
den Frieden zu bewahren. Wenn Majestät hier bleiben,
dann gibt es sicher Krieg, und die Welt wird Eurer
Majestät die Schuld daran zuschreiben“. Daraufhin bin
ich abgereist und habe während der ganzen Zeit keine
Nachrichten mehr über die Vorgänge erhalten. Nur aus
den norwegischen Zeitungen erfuhr ich, was in der Welt
geschah, so auch von dem Fortgange der russischen Mo-
bilisationsvorbereitungen. Als ich von dem Auslaufen
der englischen Flotte hörte, bin ich auf eigene Faust
zurückgekehrt. Beinahe hätten sie mich abgefangen.
Mit Bezug auf Rußlands Haltung erklärte der Kaiser:
„Gewollt und erzwungen hat den Krieg die russische
Kriegspartei, am Hofe. Die Vorbereitungen gingen bis
ins Frühjahr 1914 zurück. Die sibirische Regimenter
wurden elappenweise nach dem Westen gezogen. In
Wilna erhielten sie plötzlich scharfe Patronen, und es
wurde ihnen eröffnet, nun gehe es los. Tatsache ist,
daß die russischen Truppen schon vor der Kriegserklärung
unser Grenzen überschritten haben“.

Zur inneren Lage.

Die Spartakusgruppe greift die Mehrheits-
sozialisten ungehörig an. — Eisner und die
„Kompromittierten“: Enthüllungen des „Vor-
wärts“.

(b.) Berlin, 29. Nov. Wie die Spartakusgruppe
gegen die jetzige Regierung heßt, zum Teil auch die Un-
abhängigen mit, ersehen wir aus einem Aufruf, der in
ihrem Organ, „Die rote Fahne“ veröffentlicht ist. Da
heißt es u. a.: „Wir fordern: Die unverzügliche Bil-
dung eines Revolutionstribunals, vor dem die ganze
Verbrecherbande, in erster Linie die beiden Hohenzol-
lern, Vater und Sohn, und der Reichskanzler Beth-
mann Holweg abzurufen sind. Wilhelm von Hohen-
zollern ist zur Rückkehr aufzufordern, damit er sich vor
diesem Gericht rechtfertige. Die Mitschuldigen an der
Aufkündigung (!!) des größten Verbrechens der Weltge-
schichte, wie Scheidemann, Ebert und wie David und
Heilmann muß das revolutionäre deutsche Proletariat
jetzt mit eiserner Faust von sich weisen, sonst hat es
kein Recht vor den französischen, englischen und russi-
schen Proletariaten, vor der Internationale, zu erschei-
nen.“ Und an anderer Stelle desselben Blattes heißt
es: „Wir klagen die „sozialistische“ Regierung Schei-
demann und Ebert an. Wir klagen sie an, das deutsche
Proletariat verraten zu haben, indem sie den Todfeind
des deutschen Proletariats, den internationalen Kapita-
lismus aufforderten, die Hungerpeitsche gegen die Re-
volution zu erheben. Wir klagen sie an: Die furcht-
bare Alternative des deutschen Proletariats: Hunger
oder Revolution absichtlich und verräterisch herbeigeführt
zu haben. Wir klagen sie an: Aus eigenem Antrieb
und von sich aus, Wilson die Schlinge in die Hand ge-
drückt zu haben, damit er die deutsche Revolution er-
broche. Wir klagen sie an: Angesichts der Verge von
Leiden, Märdern, Frauen, Kinder, die ihre verbroche-
rische Kriegspolitik geschickt hat, aus dem drohenden
Hungertod von weiteren Hunderttausenden ein Parteige-
schäft gemacht zu haben, ihn dazu benutzt zu haben,
ihre „Stellung“ in Deutschland zu befestigen. Wir klagen
sie dieser Verbrechen an, die schrecklicher sind als alles,
was der Hohenzoller auf sich geladen hat. Wir klagen
sie an und wir wissen: Urteil und Strafe wird das deut-
sche Proletariat sprechen. In den Ortus hinab! Hinab!

Dieses Gehebe muß jeden vernünftigen Menschen
anwidern. Zudem, wo noch jede berechnete Grundfrage
hienzu steht. Verbreitete da der französische „Temps“
eine frei erfundene Behauptung: Ebert habe dem Präsi-
denten Wilson vorgeschlagen, Lebensmittel nur zu lie-
fern, wenn die Ordnung in Deutschland aufrechterhalten
würde. Man muß bedenken, daß der „Temps“ ein kriegs-
heerisches Blatt erster Güte war und jetzt alle An-
strengungen macht, daß Deutschland sich spalten soll.
Karl Liebknecht geht damit krebsen. In einer Versamm-
lung von Unkenrufen und Defektoren, die sich ausdrück-
lich als solche bezeichnete, fand es großen Beifall. Hier
verlangte Liebknecht auch, daß einzelne auffällige Front-
generäle an die Wand gestellt werden sollen.

Der „Vorwärts“ seinerseits wendet sich gegen das
gefährliche Treiben. Er schreibt u. a.: „Singe es nicht
um das Wohl und Wehe des Volkes, so könnte die
Sozialdemokratie den ungehörigen Herrschaften sehr
bald das Vergnügen machen, aus der Regierung aus-
zuscheiden. Der Platz im Zuschauerraum ist ja der bei
weitem bequemere. Nur würd' nach dem Ausscheiden
der Sozialdemokratie eine Regierung zurückbleiben, die
noch nicht ein Zehntel des Volkes hinter sich hat, und
über so gut wie gar keine gesicherten Kräfte verfügt.
Was dann dem deutschen Volke blühen würde, ist nicht
abzusehen. An einer anderen Stelle heißt es: Den So-
zialdemokraten fällt es gar nicht ein, sich an ihre Kom-
munitäten zu klammern. Wir bitten aber alle Ueberlegungs-
fähigen zu bedenken, wohin es führen muß, wenn man
sie zwingt, aus ihnen zu scheiden.“

An einer anderen Stelle des „Vorwärts“ wird auch
gegen Herrn Eisner, Bayerns Ministerpräsident, po-
lemisiert. Es heißt da: Der bayerische Volksbeauftragte
Kurt Eisner veranlaßt Jagd auf die „kompromittierten
Männer“, die nicht an der Spitze des Staates stehen
und nicht mit dem Feinde verhandeln. Er faßt unter
dieser Bezeichnung alle zusammen, die zu irgend einer
Zeit an die Reichswehr Deutschlands am Kriege ge-
laubt und den Gedanken der Landesverteidigung ver-
treten haben. Gestern richtete sich seine Propaganda noch
hauptsächlich gegen den Staatssekretär Töls, heute be-
reits gegen Scheidemann und David und wird sich
morgen vielleicht gegen die ganze sozialdemokratische Par-
tei richten. Kurt Eisner ist der letzte, der das
Recht hat, andere Leute wegen ihres Glau-
bens an die Reichswehr am Kriege oder wegen ihres
Eintretens für die Kreditbewilligung als „kompromit-
tiert“ zu bezeichnen. sturt Eisner war ungefragt der
einzige in ganz Deutschland, der am 28. Juli mit ab-
soluter Bestimmtheit wußte, daß der Krieg unvermeid-
lich sei, und zwar, wie der Wortlaut des von ihm
inspirierten Extrablattes ergibt, hielt Eisner den Krieg
für unvermeidlich wegen eines bevorstehenden Eingrei-
fens Rußlands. In dieser Ueberzeugung hat Eisner
auch die volle Konsequenz gezogen. Er hat nicht nur
die Mitteilung übermittelt, daß der Krieg unvermeid-
lich wäre, sondern in der dringendsten Weise versichert,
daß der Kriegsausbruch lediglich die Schuld Rußlands
sei. „Es gilt deshalb, so heißt es im genannten Ex-
trablatt, mit aller Macht innerhalb seiner Partei dahin
zu wirken, daß die Sozialdemokratie bei Ausbruch des
Krieges sich hinter die Regierung stelle und die Kriegs-
kredite bewillige“. Jetzt bezeichnet Eisner diejenigen, die
damals seinen Informationen vertraut haben, als „kom-
promittiert“. Fühlt Eisner denn nicht, daß er, der sich
damals bei der bayerischen Regierung um Zulassung zur
Kriegsberichterstattung bewarb, zu allerletzt derartige
Vorwürfe erheben dürfte?

Hindenburg an das Feldheer.

BB. Berlin, 29. Nov. Hindenburg richtete
folgenden Aufruf an das Feldheer: Soldaten, die Ihr
mehr als vier Jahre lang treu in Feindesland ausge-
halten habt, denkt daran, wie unendlich wichtig es für
Heer und Heimat ist, daß sich die Rückführung der Ar-
meen und die Entlassung ihrer Verbände in voller Ruhe
und Ordnung vollziehen. Nur wenn jeder Einzelne von
Euch treu auf seinem Posten bleibt, bis die Stunde
der Entlassung aus den Reihen des Heeres für ihn ge-
kommen ist, wird es gelingen, die mannigfachen Reib-
ungen zu überwinden, welche die Rückführung solch ge-
waltiger Heeresmassen mit sich bringt. Soldaten, die
Ihr so oft in Zeiten des Kampfes selbstlos Euer eige-
nes Ich dem Wohle des Ganzen untergeordnet habt,
vergeßt auch jetzt nicht, daß die Heimat in letzter Stunde
von Euch Opfer fordert. Sie sind gering gegenüber all
dem, was Ihr in den vier langen Jahren des Krieges
geleistet habt. Alles außer den Jahrgängen 1896—1899,
die zunächst bei den Fahnen bleiben, soll so schnell wie
möglich entlassen werden. Laßt Euch nicht verführen,
vorzeitig und eigenmächtig Euren Truppenteil zu ver-
lassen. Vergegenwärtigt Euch stets, zu welcher Schwie-
rigkeiten bei der Unterbringung und Verpflegung, so-
wie im Abtransport es kommen muß, wenn jeder Ein-
zelne von Euch regellos nach Hause strebt. Die Ord-
nung zusammenzuhalten ist jetzt wichtiger denn je.
Nur so wird die glatte Zurückführung des Feldheeres
nach den östlich des Rheins zunächst vorgesehenen Unter-
bringungsräumen möglich sein. Von dort ist die Ver-
einerung der Verbände mit der Eisenbahn oder durch Fuß-
marsch zu den Ersatztruppenteilen vorgesehen. Mit Rück-
sicht auf die große Anhäufung von Truppen und be-
schränkte Transportmöglichkeiten kann dies nur allmählich
erfolgen. Längere oder kürzere Wartezeiten bei oft be-
schränkter Unterkunft werden sich für manche Formationen
nicht vermeiden lassen. Auch hier habt Geduld
und Vertrauen. Es wird jeder von Euch so frühzeitig
zu seinem Ersatztruppenteil befördert werden, als die
Umstände es gestatten. Keiner von Euch wird verges-
sen! Seid versichert, daß die Oberste Heeresleitung in
Verbindung mit den Heimatstellen alles anbietet, um
Euch so bald als möglich Euren Angehörigen zuzufüh-
ren. Doch eins tut Not hierbei: Ruhe und Ordnung!
(gez.) von Hindenburg.

Die Berliner Soldatenräte.

BB. Berlin, 29. Nov. Während der Tagung
der Berliner Soldatenräte ging ein Antrag ein, dem
Vollzugsrat ein Vertrauens- oder Miß-
trauensvotum auszusprechen, aus welchem Be-
schluß der Vollzugsrat die Konsequenzen zu ziehen habe.
Gefreiter Mollenhuth erläuterte den Bericht
des Vollzugsrates. Er führte dabei aus: Die erste
Aufgabe des Vollzugsrates war, weiteres Blutvergießen
zu verhindern. Wir standen nicht nur vor nichts, son-
dern vor einem Trümmerhaufen. Unser Wirtschafts-
leben hat sein Fundament mehr. Wir sind jämlicher
Nothstoffe entblößt. Zunächst kamen Anträge an uns
heran, die Löhnung der Mannschaften zu erhöhen. Die
erhöhte Löhnung würde in zehn Wochen 1½ Milliar-
den Mark verschlingen. Deshalb soll niemand länger
als notwendig zurückgehalten werden. Wir müssen auch
die äußeren Fesseln des Militarismus abstreifen. Die
Machtgeber, die seit Jahrhunderten festen Boden ge-
faßt hatten, fügen sich noch nicht kampf- und reslos in
das ein, was die neue Ordnung will. (Sehr richtig)
In geradezu schamloser Weise hat die vorherige Re-
gierung unsere Kameraden in Gegenden verschickt, von
wo wir sie niemals wieder zurückleben werden. In

der Marine fließen 850 000 Kammerböden in einem Chaos. Wir wissen nicht, ob wir sie jemals wiedersehen werden. Wir sind ohne Nahrungsmittel und besitzen nur mangelhafte Bekleidung. (Unruhe.) Im Süden steht die Armee Madensen. Die letzten 48 Stunden haben uns die Gewissheit gebracht, daß sie in der ungarischen Tiefebene interniert worden wird.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich dann mit der Frage der Nationalversammlung. Man hat gegen den Wasserposten Berlin Animosität. (Zuruf: Mit Recht!) Wir haben nichts unternommen, was die Einheit Deutschlands und was den alsbaldigen Friedensschluß gefährden könnte. Heute Nachmittag ist in die Kaserne in der Belle-Alliance-Kaserne eine Schwadron Dragoner eingezogen. Der führende Oberleutnant von Sehe hat ein dreifaches Kaiserhoch ausgebracht. Die Schwadron stimmte ein. (Großer Lärm; Ruf: Stimmt mit!) In schamloser Weise erhebt die Reaktion ihr Haupt. Nicht weit von Berlin gibt es Soldatenräte, die im reaktionären Sinn wirken. (Zuruf: Namen nennen!) In Berliner Katern sind schon am 7. November politische Affen verbrannt worden, nachdem allgemein eingesehen wurde, daß wir am Abgrunde stehen. (Beifall und Lärm.)

Unoffizieller Vortrag: Ich bin nicht in der Lage, dem Vollzugsrat das Vertrauen auszusprechen zu können. Niemals sind so leicht Männer auf verantwortungsvolle Stellen gekommen, wie die Mitglieder des Vollzugsrates. Der Vollzugsrat hat auch heute noch nicht die Zustimmung der Soldatenräte gefunden. Dagegen haben die Männer der Regierung unser Vertrauen. (Lebhafter Beifall.) Rot tut die baldige Zusammenberufung der Nationalversammlung. (Brausender Beifall fast im ganzen Hause.)

Ein Mitglied des Münchener Soldatenrates: Zur Zeit hat man den Eindruck, in Berlin sei alles toll geworden. Wir Süddeutschen wünschen im friedlichen Einvernehmen mit Norddeutschland zu arbeiten für die Reichseinheit. (Brausender Beifall.) Gedenken Sie uns das schönste Weihnachtsgeschenk, nämlich die Versicherung, daß Sie eine Nationalversammlung wünschen. (Leb. Bravo! und Handclatschen.) Dann werden Sie als Dank dafür bekommen, daß noch nie das deutsche Volk härter belassen war, als es dann wird. (Zosender Beifall.)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte erhält das Fort Staatssekretär Scheidemann: Wir haben die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Wir müssen für Frieden und Brot sorgen. Heute kann die Versammlung die Anträge nicht nachprüfen. Wir dürfen hier die andere Strömung nicht aufkommen lassen. In einer solchen Versammlung besteht die große Gefahr, daß ein Mißverständnis zwischen Arbeitern und Soldaten auftritt. Aber Soldaten und Arbeiter haben gemeinsam die Revolution gemacht. Mißverständnisse müssen an anderer Stelle ausgetragen werden. Das Kabinett hat sich mit dem Vollzugsrat verständigt. Die Einigkeit soll von beiden Seiten aufrecht erhalten bleiben. Ein Zentralrat für das ganze Reich wird bald geschaffen werden. Die Mißverständnisse zwischen uns und unseren Soldaten von der Front waren reiflos übertrieben. Von einer abso-luten Gefahr kann keine Rede sein. Die Rückkehr kann sich nur höchstens um drei Monate verzögern. Die Gefahr der Gegenrevolution unterschätze ich nicht, aber Schpariserei ist nicht am Platze. Wir werden auf dem Posten sitzen und aufpassen. Generalsekretär von Hindenburg und General Gröner haben sich auch gestern wieder vorbehaltlos zu der neuen Regierung bekannt. (Bravo.) Die Schuld an der Kriegsverlängerung trägt nicht Berlin allein. Die Autonomie für Elsaß-Lothringen wurde verzögert durch den König von Bayern, der seine Macht ausüben wollte. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind bei dem Provisorium unbedingt notwendig, das geschaffen werden mußte, als das alte System zusammenbrach, welches morscher war, als wir annahmen. Dieses Provisorium muß beibehalten werden, bis die Nationalversammlung da ist. Jetzt tut uns Einteiligkeit not. Wir müssen zusammenstehen und sei-

nen, was uns die Revolution gebracht hat. Dann wird es uns möglich sein, zu schaffen: Frieden und Brot! (Leb. Beifall und Handclatschen.)

Ein Selbstweibel, Vertreter der Distanz, warnt die Versammlung davor, sich von dem Popan; der Spartakusgruppe ins Bockshorn jagen zu lassen. Schandte feigt einem ins Gesicht, wenn man sieht, daß die Pressefreiheit mehr Unheil anrichtet, als die frühere Presse-unfreiheit.

Die revolutionäre Regierung sorgt für Abhilfe von Mißständen.

Wie man aus Berlin hört, sind noch so große Schwierigkeiten, die die plötzliche Umwälzung mit sich brachte, die äußere Ordnung und Sicherheit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in mangelhafter Weise aufrechterhalten worden. Dies alles sei ein Verdienst der neuen Männer. Eine Plage gibt es nur, daß der Arbeiter- und Soldatenrat bei der Auswahl von Männern in verantwortungsvollen Ämtern nicht die nötige Vorsicht hat walten lassen. Wie es in solchen Fällen nicht nur in Berlin allein geschieht, zweifelhafte Elemente wissen es gut zu verstehen, sich in solche Posten anzubetteln. Man ist aber jetzt daran, Personen zweifelhaften Rufes auszumergen. Herr Martz, der bisherige Leiter des Verpflegungsausschusses, ist aus zahlreichen Prozessen als ein bedenklicher Mann erkannt worden; er mußte gehen. Herr Prinz, der bisherige Leiter des Sicherheitsdienstes, dem verschiedene Unregelmäßigkeiten zur Last gelegt werden konnten, er mußte gehen. Es sollen die Kuriers des Vollzugsrates zu hohen Löhnen sich zugeschanzt haben, 40 Mark täglich, ebenso die Schreibmaschinengehilfen dieses Ausschusses. Einige Zivilisten der Polizeiwachen hätten sich höchst eigenhändig ein mehr als auskömmliches Gehalt bewilligt. Auch über diese Gerüchte will man nicht hinwegsehen, sondern sie gründlich untersuchen und dann für Abhilfe besorgen sein.

Aus dem Großen Hauptquartier.

(d.) Kassel, 29. Nov. Die Meldungen, nach denen die Oberste Heeresleitung von Wilhelmshöhe nach Berlin verlegt werden soll, sind unrichtig. Wie dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wurde, ist mit Rücksicht auf die durch die Demobilisation zu bewältigenden Arbeiten mit einer Verlegung vor Weihnachten nicht zu rechnen.

Aus der Sozialdemokratie.

DP. Berlin, 30. Nov. Wie die „Voss. Zig.“ hört, sagte gestern in Berlin der Partei-Ausschuh der sozialdemokratischen Partei. Er nahm eine Entscheidung an, in der sich die Partei zu der politischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen bekennt. Die Partei erblickt in dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller Männer und Frauen die wichtigste Errungenschaft der Revolution, die darin gipfelt, die kapitalistische Gesellschaftsordnung in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln. Es wird die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung verlangt. Die Genossen im Reich werden aufgefordert, für die Einberufung der Nationalversammlung zu wirken.

Die demokratische Partei an Wilson.

WB. Berlin, 29. Nov. Die Deutsche demokratische Partei hat mittels Zuntzpruch ein Telegramm an den Präsidenten Wilson geschickt, worin auf die unerhörte Rücksichtslosigkeit, mit der besonders von französischer Seite die Durchführung der ohnehin unerträglichen Vorkriegsbedingungen betrieben wird, hingewiesen und betont wurde, daß dies fürchterliche Verwirrung schaffen müsse. Die Arbeitslosigkeit und Hunger verschlimmerten die Lage noch. Zum Schluß wird dagegen protestiert, daß die Vertreter dieses verderblichen nationalistischen Geistes über die Zukunft unseres Volkes und über die Zukunft der

Welt entscheiden sollen. Der Präsident solle nicht dulden, daß das deutsche Volk von den berauschten Gegnern in unsagbares Elend gestoßen und die republikanische Freiheit im neuen Deutschland unter Trümmern begraben würde.

Zusammenstoß in Düsseldorf.

W. Düsseldorf, 29. Nov. Hier kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen des einrückenden Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 39 und den Verteilern von Flugzetteln des Arbeiter- und Soldatenrates, wobei ein Mann schwer verletzt wurde. — Auf dem Kasernenhofe erfolgte ein zweiter Zusammenstoß, als ein Offizier forderte, daß einige Mitglieder des Freiwilligen-Regiments die Waffen niederlegen sollten. Getötet wurde hierbei niemand. Der Divisionskommandeur erklärte, daß dieses ohne seine Einwilligung erfolgt sei. Daraufhin wurden vor dem Rathaus starke Sicherheitsposten zusammengezogen. Plötzlich fiel ein Schuß. Die Posten vom Freiwilligen-Regiment begannen nun zu feuern. Die Schüsse mußten aber in die Luft abgegeben worden sein, denn es ist niemand verletzt worden. Der Oberbürgermeister und zwei Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates fuhren sofort zum Kommandeur, mit dem Verhandlungen aufgenommen wurden.

Neue Ausschreitungen in Schlesien.

DP. Kattowich, 29. Nov. Der Streik in Oberschlesien ist auf das schärfste neu entflammt. Auf dem Gräfin Johanna-Schacht und dem Gotthard-Schacht haben schwere Ausschreitungen stattgefunden. Auf dem Gräfin Johanna-Schacht wurden der Direktor und verschiedene Beamte schwer verletzt. Die Grubenarbeiter verlangten zuerst 18 Mark Schichtlohn, und als das bewilligt wurde, 25 Mark, außerdem Unmengen Lebensmittel. Auch auf anderen Gruben Oberschlesiens hat die Streikbewegung einen Charakter angenommen. Es kam wiederholt zu Sabotage. So meldet ein Drahtbericht aus Beuthen schwere Ausschreitungen ausländischer Grubenschlepper. Bei der gestrigen Frühlicht befanden sich von 65 oberschlesischen Gruben 20 im Ausstände.

In Oberschlesien will man auch der Berliner Regierung ein Ultimatum stellen: Sofortige Ausschreibung der Nationalversammlung. Man droht, sich von Preußen loszusagen. Da in Schlesien augenblicklich das Hauptgebiet der Kohlenversorgung für Mittel- und Norddeutschland liegt, würde dieser Schritt die Kohlenfrage verhängnisvoll zuspitzen.

Der Gesundheitszustand

WB. Berlin, 29. Nov. Minister Hirsch hatte im preussischen Ministerium des Innern zu einer Sitzung anerkannte ärztliche, hygienische und Sachverständige eingeladen, die auf dem Gebiete der Volksgesundheitspflege ihr Urteil abgeben sollten. Ministerialdirektor Hirschner führte den Vorsitz. Einmütig gelangten diese Herren zu dem Urteil, daß infolge des Nahrungsmangels Leib und Leben von Männern, Frauen und Kindern aufs tiefste gelitten haben. Es stehe bei der Unzulänglichkeit der diesjährigen Ernte an Brotgetreide, Kartoffeln und Viehfutter mit Bestimmtheit zu erwarten, daß ein unabsehbarer, nicht wieder gutzumachender Schaden, ja geradezu Hungernöte eintreife, wenn nicht in aller kürzester Frist eine ausgiebige Nahrungsmittel- und Futtermittelzufuhr aus dem Auslande einsefe.

Merke! Nachrichten.

Die Ex-Kaiserfamilie.

(d.) Potsdam, 29. Nov. Die Kaiserin war vor einiger Zeit vom Neuen Palais nach der Villa Ingenheim des Prinzen Eitel Friedrich übergesiedelt. Von dort ist sie nun nach Holland gefahren. Von Maars-bergen bei Utrecht fuhr sie nach Amersfoort, dem Au-

Das Auge der Nacht.

Eine Erzählung aus Transvaal von J. B. Miford. Deutsch von M. Walter.

37) (Nachdruck verboten.)

„Nein, ich schwöre, daß ich das nicht tun werde!“ beteuerte Selwyn. „Nun, könnt Ihr denn nicht eine kleine Rederei verstehen? Wahrscheinlich, ich habe Euch nur ein wenig zum Narren gehalten, weiter nichts.“

Fanning glaubte dem Verräter natürlich keine Eide, meinte aber den Grund zu dessen veränderter Handlungsweise herausgefunden zu haben. Ohne Zweifel war Selwyn einer mächtigen Versuchung erlegen, hatte sich jedoch dann eines Besseren besonnen und den ganzen Vorfall als einen unschuldigen Späß hingestellt. So urteilte der christliche Bur, was freilich nicht hinderte, daß sein Mißtrauen gegen den Gefährten rege blieb. Mehr als einmal, während er sich am Teil hinaufarbeitete, erwartete er, daß er jählings in die Tiefe stürzen würde, er gelangte jedoch glücklich an den Rand des Kraters.

„Bei Gott! Ihr seid ein listiger Mensch!“ begrüßte ihn Selwyn mit gezwungenem Lachen, verstummte aber, als er den kalten, finsternen Ausdruck in Fannings Gesicht bemerkte.

„Ich wünschte, ich könnte an Euren „Echert“ glauben,“ sagte der Gerettete ernst, „doch ich vermag es nicht und sage es Euch frei heraus. Wißt Ihr wohl, daß Ihr unbarmherzig freundschaftlich worden wäret, wenn Ihr an irgend einem Lagerplatz der Goldsucher solch einen Streich ausgeführt hättet? Nein, unterbrecht mich nicht!“ fuhr er fort, „als der andere nochmals den Versuch machte, sich zu rechtfertigen. Eure Handlungsweise ist auf jeden Fall zu entschuldigend, trotzdem will ich mein Wort nicht zurücknehmen und unsern Vertrag halten: gleicher Gewinn für beide. Eine Bedingung jedoch muß ich daran knüpfen.“

„Und die heißt?“ fragte Selwyn, dem diese Auseinandersetzung wenig zu behagen schien.

„Daß Ihr mir das „Auge der Nacht“ herausgibt. Seht, Selwyn, ich habe mein Geheimnis mit Euch geteilt. Euch zum reichen Mann gemacht und Euch Vertrauen geschenkt wie einem Bruder, indem ich den Schatz in Euren Händen ließ. Es war ein Fehler, ich hätte es nicht tun

sollen, weil Ihr dadurch in zu große Versuchung geführt werdet. Es ist daher besser, ich nehme ihn bis zur Teilung selbst in Verwahrung.“

„Unfall!“ wachte Selwyn ab. „Er ist bei mir so sicher aufgehoben wie bei Euch.“

Fanning verlor jetzt die Geduld. „Euer Bößern beweist mir deutlich, als alles andere, welche Absicht Ihr gegen mich hegt,“ sagte er kurz und scharf. „Seht den Stein her!“

„Und wenn ich es nicht tue?“ war die trotzigste Frage. „So wird einer von uns diesen Platz nicht lebend verlassen.“

Der drohende Ton, der aus Fannings Worten klang, und noch mehr der finstere, entschlossene Ausdruck in seinen Zügen machten Selwyn feig. Er hatte den Gefährten bisher nur von der gutmütigen Seite kennen gelernt; daß derselbe so schroff auftreten könne, hatte er nie gedacht. Während einer Sekunde war er geneigt, dem Verlangen Fannings nachzugeben, doch dann gewann seine Stolzart und seine Selbstsucht rasch die Oberhand.

„Bistdu Ihr Euch etwa ein, ich stehe mich durch Drohungen einschüchtern?“ rief er herausfordernd.

Sie standen jetzt Auge in Auge gegenüber — der eine fest und standhaft, der andere finstern, trotz — Jeder bereit, sein Leben für sein Recht in die Schanze zu schlagen. Aber während Selwyn ausschließlich von seiner Habgier zu dem Kampf gedrängt wurde, handelte es sich für Fanning nur um die Aufrechterhaltung seiner Prinzipien um die Wahrung seiner Selbstachtung, denn im Grunde widerstrebte ihm dieser häßliche Streit um des Rammons willen.

In drohender Haltung, die einzigen lebenden Wesen auf der einsamen Bergeshöhe, standen die beiden Männer da, als Selwyn plötzlich einen Schreckensruf ausstieß: „Großer Gott! Da kommen sie!“ stammelte er erbleibend, und dann schoß er wie ein Pfeil der Stelle zu, wo die Pferde gestallt und marschbereit auf ihre Herren warteten.

Fanning wandte sich um. Von der entgegengesetzten Seite des Berges stürmte ein Haufen wilder Gestalten mit lautem Getöse heran. Waren es Affen? Ja, offenbar ähnlich aber noch — Menschen.

24. Kapitel.

Auf Leben und Tod.

Das plötzliche Auftauchen der von Selwyn so gefürchteten Buschmänner machte dem Streik der beiden Glücksfäger ein rasches Ende, denn im Angesicht des gemeinsamen Feindes mußte jede Uneinigkeit in den Hintergrund treten.

Um zu ihren Pferden zu gelangen, mußten sie noch etwa zweihundert Schritte aufwärts steigen, während ihre neben sich den hilflosen Kameraden, der nicht zu geben ver- Verfolger bergab jagend bedeutend schneller vordrangen und nahe daran waren, ihnen den Weg abzuschneiden. Es gelang jedoch Fanning, dies zu vereiteln und die leichtfüßige Bande für einige Zeit zurückzuhalten, indem er seine ihr Ziel nie verlassende Wache auf sie abschoß. Mit lautem Geheul flogen die braunen Teufel auseinander, sich über die umliegenden Felsen verteilend, aber in bedenklicher Weise immer näher rüdend. Gleich Dämonen sprangen und häßten die abstoßend häßlichen, höhnischen Widen über das umherliegende Geröll, ihre Speere schwingend und die totrbringenden Pfeile auf den Boden legend.

Schnaufend und leuchtend hatte Selwyn sein Pferd erreicht und sich in den Sattel geschwungen. Fanning folgte seinem Beispiel. Er war im Gegensatz zu dem Engländer, der gänzlich den Kopf verloren, ruhig und besonnen; mit klarem Auge überschaute er die Situation und erwog den geeigneten Fluchtpunkt. „Wir müssen durch die Felsenrinne hinunter,“ rief er seinem Gefährten zu. „Wir können zwar den Hals dabei brechen, aber — es ist unser einziger Ausweg.“

(Fortsetzung folgt.)

Lesefrüchte.

Ein gesundes Alter ist zugleich lebensfrohe. Selbstmord ist verabscheuenswürdig, gegen die menschliche Natur und wider den mächtigsten, im geringsten Tier regen Trieb des Lebens: denn kein Tier tut sich selbst ein Leid an.

renten des Ex-Kaisers. An der Grenze verabschiedete sie sich von dem deutschen Gefolge. Nur die Gräfin Keller blieb bei ihr. Die der „Berl. Vol.-Anz.“ berichtet, will die Kaiserin das Schicksal ihres Gatten teilen. Der Potsdamer Soldatenrat hat die Abreise genehmigt.

Die Kämpfe in Lemberg.

In Lemberg, 30. Nov. Die Zahl der bei dem Judenpogrom in Lemberg ermordeten Juden beläuft sich auf 1200, die der Obdachlosen auf 10—12 000.

Aus Italien.

In Wien, 29. Nov. Nach Mitternacht soll die republikanische Bewegung in Italien durch die Vertreibung der Dynastien Habsburg und Sardinien außerordentlich verstärkt worden sein. Die Bestrebungen für die Ausrufung der sozialistischen Republik und für die Absetzung der Dynastie Savoyen haben großen Umfang angenommen. Die Mailänder Arbeiter führen die Bewegung. Sie verlangen die Einberufung einer Nationalversammlung nach Rom zur Entscheidung über die künftige Regierungsform. Die wirtschaftliche Lage Italiens ist sehr ungünstig.

Die Berliner Soldatenräte.

(Schluß der Sitzung vom 29. November.)

In der weiteren Sitzung der Berliner Soldatenräte erklärte Oberleutnant Walz, daß er schon längere Zeit vor der Revolution zum Sozialismus übergegangen sei. Verraten habe er nichts, höchstens habe er eine Dummheit gemacht. Reaktionär sei er nicht. Nun solle er in drei Tagen aus Berlin abreisen, und zwar auf Veranlassung des Vollzugsrates.

Ein Vertreter der Soldatenräte Baden erklärte auch namens der Lothringer, daß nicht der Vollzugsrat ausführe, sondern der Berliner Soldatenrat terroristisch aufträte. Wir ziehen daraus die Folgerung und verlassen unter Protest die Versammlung. (Bewegung.)

Ein Vertreter der Ostfront erklärte namens 400 000 Kameraden, die Versammlung sei geeignet, die Reichsicherheit auf das Schwerste zu gefährden und Unruhen in die Straßen Berlins zu tragen. Ruhe und Ordnung sei nötig. Auch er verlasse den Saal.

Wüller (Vorstand des Vollzugsrates), erklärte: Wir haben Walz in väterlicher Weise behandelt. Wir müssen uns auf die gewählten Mitglieder des Vollzugsrates verlassen können. Der Redner ging dann auf die Untersuchungsakten des Falls Walz ein.

Vollzugsbeauftragter Barth: Prüfen Sie in einer besonderen siebengliedrigen Kommission, ob die Soldatenvertreter im Vollzugsrat Ihr Vertrauen verdienen oder nicht. Dieser Ausschuss könnte auch den Fall Walz prüfen.

Leutnant Heyne (Potsdam): Auch wir Potsdamer wollen das, was wir alle wollen: Recht, Freiheit, Frieden und Brot. Niemand von uns hat etwas gegen die Vertreter der Arbeiter im Vollzugsrat. Wir fühlen uns eins mit den Arbeitern.

Leutnant Gollin-Rohr: Wir wollen keine Zwischkeiten zwischen den Arbeitern und Soldaten schaffen. Wir sehen im Vollzugsrat Herrschaft und eine böse Finanzwirtschaft. Die Tagegelder der Vollzugsratsmitglieder mit 50 Mark für den Tag und für Schreibfrankos mit 30 Mark sind unerhört hoch. Was haben dagegen die Kriegsbeseitigten? Wenn wir so weiter machen, kommt die Reaktion.

Leutnant Wüller: Mit tiefstem Bedauern haben wir gehört, daß die Kameraden vom Süden und Osten die Versammlung verlassen haben. (Vorstand: Die Kameraden sind noch im Hause und werden wieder hereinkommen.) Wir bieten ihnen die Hand. Nichts liegt uns ferner als Terrorismus. Bei der alten Regierung mag vieles schlecht gegangen sein, jetzt geht es aber noch viel schlechter. (Brausender anhaltender Beifall.)

Ein Vertreter der in den Saal zurückgekehrten Badener erklärte: So wie heute verhandelt worden ist, geht es nicht weiter. Es fehlt an Organisation. Der Vollzugsrat darf nicht auseinandergetrieben, sondern muß ergänzt werden.

Ein Vertreter der Ostfront erklärte: Politisch reif haben sich die Berliner Soldatenräte nicht gezeigt. Der beschämende Eindruck der heutigen Versammlung läßt sich nicht verwischen. Entziehen in Berlin Unruhen, dann werden unsere Ostsoldaten schwer gefährdet durch Aufstände der Letten, Polen, Esten, Rumänen und Ungarn. Der Süden und die Ostfront müssen im Vollzugsrat vertreten sein.

Ein Vertreter der Westfront erklärte: Behen Sie ruhig und sachlich gegen den Vollzugsrat vor. Heute hat sich hier auch keine deutsche Manneszucht gezeigt.

Ein Antrag Wüller auf Schluß und Einsetzung einer siebengliedrigen Kommission wird einstimmig angenommen.

Die Wahl der siebengliedrigen Kommission wird vorgenommen. Die Verhandlungen werden dann am Samstag Nachmittag 3 Uhr vertagt.

Waffenstillstandsbedingungen.

Kündigung des Waffenstillstandsvertrags?

DB. Berlin, 30. Nov. Sämtliche beteiligten deutschen Faktoren der Waffenstillstandskommission in Spa, wie der Waffenstillstandskommission in Berlin, die Oberste Seeresleitung und die Reichsregierung haben den bestimmten Eindruck aus dem Verhalten des französischen Oberbefehlshabers Kuch gewonnen, daß dieser nur nach dem Vorwandsucht, den Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland zu kündigen.

Die Blockade.

BB. London, 29. Nov. Reuter tritt der Meldung aus Kopenhagen entgegen, wonach die Blockade gegen Deutschland aufgehoben worden sei. Sie besteht weiter fort.

Die Marine.

BB. Berlin, 29. Nov. Von zuständiger Seite wird uns über den weiteren Fortgang der Abrüstung der Marine mitgeteilt: Die fünfte U-Boot-Klasse von 27 Booten ist am 27. November abgelaufen.

gen. Der Begleitedampfer „Scharnhorst“ ist auf dem Rückmarsch. Trotz großer Personalschwierigkeiten gelang es, sieben Dampfer bereitzustellen, welche voraussichtlich morgen in See gehen, um die Mannschaften der internierten Schiffe aus England abzuholen. Diese Dampfer nehmen gleichzeitig die erste Post für die Befahrung der internierten Schiffe und Lebensmittel mit.

Die besetzten Gebiete.

Die „Rdn. Ztg.“ schreibt: Der französische Platzkommandant in Saarlouis sagt in einer Bekanntmachung, daß es in Frankreich Sitte ist, den Hut abzunehmen, wenn die Fahne eines Heiments vorbeizieht, und spricht zugleich die Hoffnung aus, daß die Bevölkerung von Saarlouis diese französische Sitte von jetzt an mitmachen wird; sonst könnten die französischen Soldaten, die die Gewohnheit in Deutschland nicht kennen, in der Unterlassung dieses Grußes eine beachtliche Feindseligkeit erblicken, womit der Anfang zu unliebsamen Mißverständnissen gegeben sei. (Freiheit, die ich meine — und die Freiheit hochzuhalten, brüsst sich doch stets die französische Republik. Wenn der General weiß, daß solches in Deutschland nicht Usus ist, wäre es schon besser gewesen, er machte seinen Soldaten durch Befehl bekannt, daß in Deutschland so etwas nicht Sitte ist. Wie aber geschieht, muß man solches als Demütigung betrachten. Ein Jeder tut daher gut, daß, wenn er eine französische Fahne sieht, in das nächste beste Haus verschwindet. Die deutsche Würde wahr! er dadurch am einfachsten.)

Aus der Pfalz wird berichtet: Die Franzosen haben die Bacherpreise erheblich herabgesetzt. So wurde angeordnet, daß ein Ei 10 Pf., ein halber Schoppen Wein 50 Pf., eine Zigarre 10 und 20 Pf., ein Huhn 2.80 Mk. zu kosten hat.

Die schwarzen Mannschaften verschiedener afrikanischer Jägerbataillone, zur Armee des Generals Mangin gehörend, sind in einigen Ortschaften des Elstaales in Häuser und Wohnungen eingedrungen, um den Frauen und Mädchen nachzustellen, diese zu belästigen und durch Geldanbieten für ihre unsauberen Absichten gefügig zu machen. In Niedergailbach ist ein etwa 24jähriges Mädchen von einem Koller überfallen, durch Faustschläge auf den Kopf betäubt und geschlagen und dann vergewaltigt worden. Der unrichtige Ortsbefehlshaber ließ sofort die Regemansschaft antreten und es gelang, den Verbrecher ausfindig zu machen, der sofort abgeführt wurde. Der Täter stammt aus Madagaskar. Deutscherseits wurde an die deutsche Waffenstillstandskommission das Ersuchen gerichtet, bei dem Oberkommando der Entente Verwahrung einzulegen.

Die französischen Kolonialtruppen sollen laut „Temps“ infolge eines Befehls des Ministerates aus den besetzten deutschen Gebieten zurückgenommen werden.

Zur inneren Lage.

Kühne Verleumdung.

BB. Berlin, 30. Nov. Die „Note Fahne“ hat dem Pariser „Temps“ die Behauptung entnommen, der Volksbeauftragte Ebert habe den Präsidenten Wilson gebeten, Deutschland mit Radrungsmitteln zu versorgen, aber nur unter der Bedingung, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrecht erhalten und die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel garantiert werde. Von deutscher Regierungsseite wird diese Behauptung als unwahr und als eine unerhörte Verleumdung bezeichnet. Die Regierung macht hierzu längere Ausführungen und tritt hierzu den Beweis an.

Aus Bayern.

(b.) München, 29. Nov. Der hiesige Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat tagte gestern im Landtag hinter verschlossenen Türen. Eisner berichtete u. a. über seine Berliner Reise und führte aus, er werde, da die Berliner Reichsleitung, die noch immer mit Männern des alten Systems besetzt sei, sich als unfähig erweise, dem Volk den Frieden zu bringen, nimmere das Friedenswort selbst in die Hand nehmen. Er werde bemüht sein, den Frieden für das Deutsche Reich zu erwirken. Wenn ihm dies nicht gelänge, dann wenigstens für Bayern. Die Versammlung schloß mit einer Vertrauensumgebung für die Politik Eisners.

Die Zentrumsprelle bekämpft Eisner mit wachsender Erbitterung und ruft nach einem Sonderfrieden für Bayern.

Der „Vorwärts“ will von vertrauenswürdiger Seite die Mitteilung aus München erhalten haben, daß die Strömung gegen die Regierung Eisner in Bayern so stark geworden sei, daß die Neubesehung des leitenden Ministerpostens in den Bereich greifbarer Möglichkeiten gerückt sei.

Die englische Zeitung „Morningpost“ meldet: Die neue bayerische Regierung hat bereits am 24. November d. J. bei den Alliierten anfragen lassen, wie sie sich zur Einsetzung separater Bevollmächtigter Bayerns für die kommende Friedenskonferenz stellen.

Verschiedenes.

Der „Vorwärts“ stellt fest, daß das Gerücht über den Rücktritt Scheidemanns sich nicht bewahrheitet. Scheidemann sei nicht als Person, sondern als Vertrauensmann seiner Partei in die Regierung eingetreten und der Rücktritt Scheidemanns würde bedeuten, daß die ganze Sozialdemokratie sich von der Regierung zurückziehe.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hilbrand in Stuttgart wurde zum württembergischen Gesandten in Berlin ernannt.

Ein Beispiel, von dem Deutschland lernen könnte, bot 1871 Frankreich: 28. Januar: Abschluß des Waffenstillstandes. — 1. Februar: Aufschreiben der Wahlen für die verfassunggebende Nationalversammlung Frankreich. — 8. Februar: Wahlen zur Nationalversammlung. — 13. Februar: Eröffnung der Nationalversammlung. — 26. Februar: Unterzeichnung des Vorfriedens.

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 30. November 1918.

* Der Bericht über die am Donnerstagabend abgehaltene öffentliche Versammlung mußte wegen Raummangel zurückgestellt werden.

* Wichtig für alle männlichen Personen, die am 2. August 1914 das Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Der Feind soll Entlassungsbescheinigungen, in denen nicht ausdrücklich angegeben ist, daß der Inhaber aus dem Seeresdienst entlassen ist, nicht anerkennen. Bescheinigungen mit anderem Wortlaut werden beim Bezirkskommando umgelauscht. Es empfiehlt sich auch für die am 2. August 1914 noch militärpflichtigen Personen, die zu keinerlei Seeresdienst eingezogen oder durch ihre Tätigkeit zurückgestellt waren, sich eine derartige Bescheinigung zu verschaffen. Zwecks schneller Abfertigung bittet das Bezirkskommando, daß jeder in seinen Militärpaß, Landsturmpaß pp. selber mit Tinte in deutlicher Schrift einträgt: „Aus dem Seeresdienst entlassen“, sodas vom Bezirkskommando nur der Dienststempel darunter gesetzt werden braucht. Behörden, Firmen und Landgemeinden werden gebeten, die Pässe gesammelt zur Abstempelung dem Bezirkskommando durch Boten vorzulegen. Der letzte Paßvermerk ist mitzubringen.

* Abtransport der transportfähigen Kranken und Verwundeten. Nach weiteren Vereinbarungen der Waffenstillstandskommission mit den Alliierten werden alle transportfähigen Kranken und Verwundeten aus den deutschen linksrheinischen Gebieten und den Gebieten der Brückenköpfe abgeführt.

— Zur Aufklärung. Ueber die an allen Orten seit Eintritt unserer Regierungsumgestaltung gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte herrscht vielfach im Bürgertum noch eine mißverständliche Auffassung. Es mag zugegeben werden, daß ein solches Mißverständnis gewisser Veranlassungen nicht entbehrt. Einmal war es vielleicht nicht besonders geschickt, diesen Namen zu wählen, unter dem sich in Rußland die Gewalttätigkeit des Bolschewismus breitmacht. Auf der anderen Seite mag auch die Tatsache, daß unsere Regierung zurzeit eine rein sozialistische ist, vielleicht dazu beitragen, daß das Wort Arbeiter- und Soldatenrat von dem nicht eingeweihten Zeitungsläser teilweise mit jenem gelinden Grusel gelesen wird, das uns früher bei den blutrünstigen Kolportageromanen des Räuberhauptmanns Schinderhannes überfiel. Nichts ist jedoch verkehrter als einer derartigen Anschauung zu sein. Trotz des gleichen Titels stellen die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte etwas erheblich anderes dar, als die gleichen Institutionen im bolschewistischen Rußland. Die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte, deren Zweck nur der provisorische ist, die neue Regierung bis zum Tage der Einberufung der Nationalversammlung zu stützen, wollen Zustände, wie sie zurzeit in Rußland herrschen, nicht etwa einführen, sondern gerade verhindern. Sie haben sich bei Erledigung dieser Aufgabe bis jetzt in der Mehrzahl gut bewährt, und im Interesse des Volksangesen tut jedermann gut, ihnen ihre Aufgabe nicht zu erschweren.

* Das Bezirkskommando Wiesbaden wird mit dem heutigen Tage geschlossen und aufgelöst.

* Laut einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Mainz ist der Personenverkehr zwischen Mainz (Hbf.) und Wiesbaden, bezw. Mainz (Hbf.)-Wiesbaden-Küdesheim über die Kaiserbrücke für einige Tage gesperrt.

** Die amerikanischen Nahrungsmittel stehen zurzeit nur auf dem Papier. Ihre Abgabe an Deutschland ist vor allem an die Vorbedingung geordneter politischer Verhältnisse — von denen wir noch recht weit entfernt sind — geknüpft. Außerdem werden uns die Eisenbahnwagen zur Abholung und Beförderung der Nahrungsmittel fehlen, sofern die Entente auf der Bedingung der Auslieferung von 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lokomotiven besteht. Alle die, die wegen des bishigen Essens zum Frieden auf alle Fälle gedrängt haben, haben demnach den amerikanischen Speck usw. vorläufig noch immer nicht im Topfe. Es wird jeder gut tun, nach wie vor Vorbehalte zu treffen, daß er in Zeiten von Nahrungsmittelnot nicht ohne Vorräte dastünde, denn Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelbeschaffung dürften aller Voraussicht nach noch eintreten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Auszahlung der Kriegsunterstützung

Die Auszahlung der Kriegsunterstützung findet am 3. Dezember 1918, vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr bei der Gemeindefasse statt und zwar für die Empfangsberechtigten mit den Anfangsbuchstaben

A.—D.	von 8—9 Uhr vormittags
E.—G.	„ 9—10 „
H. und J.	„ 10—11 „
K. und L.	„ 11—12 „
M.—Q.	„ 2—3 „ nachmittags
R. S. St.	„ 3—4 „
Sch.	„ 4—5 „
T.—Z.	„ 5—6 „

Um eine glatte Abwicklung des Zahlungsgeschäftes zu ermöglichen, wird ersucht, die festgelegten Zeiten genau einzuhalten. Außerhalb dieser Zeiten werden Zahlungen nicht geleistet.

An dem vorbezeichneten Tage bleibt die Gemeindefasse für alle übrigen Geschäfte geschlossen.

Betr. Abgabe von Sped.

Die Abnahme des Spedes von den diesjährigen Hauschlachtungen erfolgt Montag, den 2. Dezember, nachmittags von 2½-4 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses.

Betr. Ausgabe der bestellten Kriegsschuhen.

Dienstag, den 3. Dezember findet auf Zimmer 1 des Rathhauses die Ausgabe von den in der Schule bestellten Kriegsschuhen statt.

Schierstein, den 30. November 1918.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Preussisches Berlin, den 16. Nov. 1918
Landes-Getreideamt.

Betrifft: Unveränderte Fortführung der Geschäfte der Reichsgetreidestelle und des Landes-Getreideamts.

Um die Ernährung des deutschen Volkes zu sichern, hat sich auch die Reichsgetreidestelle mit ihrer gesamten Organisation der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Auch das Landes-Getreideamt besteht fort und arbeitet. Nur ein Weiterarbeiten der Brotversorgung in der bisherigen Weise kann einen Zusammenbruch der Volksernährung und damit den Ausbruch von Hungersnot und Anarchie verhindern.

Getreideerfassung und Mehlerverteilung dürfen als die Grundlagen unserer gesamten Brotversorgung nicht gefährdet werden. Die Reichsleitung hat auch bereits angeordnet, einzelner Vorkommnisse im Reichsgebiet Eingriffe in die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel aufs strengste untersagt. Die örtlichen Stellen, insbesondere auch die Arbeiter- und Soldatenräte, sind nicht befugt, über Bestände der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände wie auch der Heeresverwaltung an Mehl, Getreide usw. zu verfügen oder irgend welche Anweisungen der Reichsgetreidestelle, des Landes-Getreideamts und der Kommunalverbände über Erfassung und Verbrauch aufzuheben, oder zu ändern. Unsere Anordnungen (Rundschreiben und Einzelverfügungen) bleiben somit in vollem Umfange ebenso in Kraft, wie die Reichsgetreideordnung usw. und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen; Die Kommunalverbände haben daher den Schriftverkehr sowohl mit uns wie mit der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle in der bisherigen Weise aufrecht zu erhalten.

Weiter ersuchen wir die Kommunalverbände dafür Sorge zu tragen, daß die Gemeindevorstände und die sonstigen ihnen unterstellten Stellen, insbesondere aber die Kommissare ihre Tätigkeit ohne Rücksicht auf die politischen Ereignisse in gleicher Weise wie bisher fortsetzen. Der Verkehr mit der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle und den Kommunalverbänden ist von den Getreideaufkäufern unverändert weiter zu pflegen. Namentlich dürfen die Einholung von Verladebefragungen und die Verladungen nicht stocken. Auch der sonstige Schriftverkehr und Telegrammverkehr ist fortzusetzen, ebenso ist für ordnungsmäßige Fortführung der Waren-Eingangs- und -ausgangsbücher und Fertigung der Wochenzusammenstellungen zu sorgen. Nur Ordnung und Arbeit auf allen Wirtschaftsbereichen, besonders aber auf dem der Volksernährung kann das Chaos verhüten.

Sollten durch besondere örtliche Verhältnisse der Fortsetzung der Arbeit Schwierigkeiten erwachen, so bitten wir um unverzügliche telegraphische Benachrichtigung.

gez. Dr. Kleiner.

An die Preussischen Kommunalverbände.

Bekanntmachung.

Das Bezirkskommando Wiesbaden wird am 30. November abends geschlossen und aufgelöst.

Wiesbaden, den 27. November 1918.

Bezirks-Kommando Wiesbaden.

Bekanntmachung.

Die Regierung in Wiesbaden hat mit dem 1. Dezember 1918 in dem Gebäude Vertramstr. 3 ein Kreis-Meldeamt für die Kreise

Wiesbaden-Stadt
Land
Rheingau
Unterlaunus

eingesetzt.

Das Kreis-Meldeamt ist zuständig für:

- Anmeldung entlassener Heeresangehöriger
- Regelung etwaiger persönl. Ansprüche derselben, sowie Zahlung rückständiger Gehalts, Entlassungsgelder. Eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt noch.
- Bearbeitung der Renten- und Versorgungssachen Kriegsbefähigter.

Alle vom Militär entlassenen Personen haben sich umgehend bei dem Kreis-Meldeamt anzumelden.

Wiesbaden, den 27. November 1918.

Der Regierungs-Präsident.

Kirchliche Nachrichten.

Evgl. Kirche.

Adventfest, 1. Dez. 1918.
10 Uhr Hauptgottesdienst.
11 Uhr Kindergottesdienst.
3½ Uhr Konfirmandinnen.
8 Uhr Bibelfunde.
(Mickermann)
Montag Abend Missionsverein.
Missionar Schreiber.
Pfarrverweiser.

Verordnung

betreffend die Abänderung der Verordnung über die Bereitung von Backwaren vom 26. Februar 1918.

Auf Grund der §§ 58 und 61 zu b der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 wird für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Biedrich folgende Verordnung erlassen

Artikel 1.

Der § 5 der Verordnung über die Bereitung von Backwaren vom 26. Februar 1918, Kreisblatt Nr. 26, erhält folgende Fassung:

Zur Bereitung eines Roggenbrottes sind an Roggen- und Weizenmehl sowie gegebenenfalls Streckungsmitteln im ganzen 1568 Gramm zu verwenden.

Für ein Roggenbrot wird dementsprechend das Verkaufsgewicht (vierundzwanzig Stunden nach dem Backen) auf 2156 Gramm und für das Krankenbrot, die Wochenmenge in 2 Teilen gebacken, auf je 1036 Gramm als Mindestgewicht festgesetzt.

Diese Gewichtsbestimmungen sind auch für das Brot der Selbstversorger maßgebend, gleichviel, ob es durch einen Bäcker bereitet wird oder die Bereitung in der Haushaltung des Selbstversorgers erfolgt.

Artikel II.

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember ds. Js. in Kraft, mit dem gleichen Tage wird die Verordnung vom 14. August 1918 aufgehoben.

Wiesbaden, den 26. November 1918

Namens des Kreisausschusses:
Der Vorsitzende:
von Heimbürg.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 59a der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 wird für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Biedrich der Preis:

- für einen Laib Roggenbrot, gleichviel in welcher Form gebacken, im Gewicht von 2156 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen) auf 1,20 Mark;
- für einen Laib Weizenbrot (Krankenbrot) im Gewicht von 1036 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen) auf 65 Pf. festgesetzt. Diese Festsetzung tritt am 1. Dezember ds. Js. in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird die Festsetzung vom 14. August 1918 aufgehoben.

Wiesbaden, den 26. November 1918.

Namens des Kreisausschusses:
Der Vorsitzende:
von Heimbürg.



Atelier

Fritz Stritter

Biedrich,
94 Rathausstrasse 94.

Aufnahmen an trüben Tagen und abends bei elektr. Licht.

Einstellung des Zugverkehrs.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 25. d. Mts wird nunmehr der gesamte Personenverkehr zwischen Mainz Hbf. und Wiesbaden sowie Mainz Hbf. und Biedrich West (— Radesheim) vom Freitag, den 29. November d. Js. vormittags 12⁰⁰ ab auf einige Tage gesperrt. Eine Abfertigung von Personen, Gepäck und Gepäcke nach und von den rechtsrheinisch gelegenen Stationen über Mainz Hbf. findet während der Sperrung nicht statt.

Mainz, den 27. November 1918.

Eisenbahndirektion Mainz.

Fort mit jeder minderwertigen Schuhkrem!



Dr. Gentner's Delwachslederputz

Nigrin

kein Leinwandprodukt, keine Wassercreme, stets gleichmäßige, reine Delwachsware erhält das Leder dauerhaft, gibt schönsten, auch bei Regen und Schnee haltbaren Hochglanz.

Hersteller, auch des beliebten Parfettbodenwaxes „Roberin“: Carl Gentner, Göttingen.

Einladung.

Sonntag, den 1. Dezbr. von mittags 4 Uhr an veranstalten die aus dem Felde zurückgekehrten jungen hiesigen Krieger in der „Abendluft“ eine humor. Unterhaltung mit Tanz.

Eintritt 50 Pf.

Tanz frei.

Die Krieger.

Liebesgabenammlung für die heimkehrenden Krieger.

Verzeichnis der bis einschl. 29. Nov. eingegangenen Spenden bei Herrn Citner:

Jacob Diels Mt. 3.—, Frau Pfarrer Steubing Wwe. 10.—, Karl Käß 50.—, Pfarrer Cuz 5.—, Karl Sirenz 10.— und 100 Zigaretten, Ungeannt 10.—, Firma Schulz & Braun 500.— und 50 St. Wein 200 Zigaretten, A. Hagen 2 St. Nordhäuser, Heinrich Maubhardt 3.—, Abraham Löwenthal 10.—, Glyco-Metall-Gesellschaft 200.— und 1000 Zigaretten, G. J. Kirchhöfer 100.—, Ungeannt 10.—, Arnold Kagenheim 20.—, Karl Jizael 5.—, Wilhelm Probst 25.—, Frau Maria Kaufmann Wwe. 20.—, Daniel Schröder 2.—, Reinhard Witte 10.—, Jean Neumann 6 St. Wein, Ludwig Will 2.—, Nova, Vertriebs-Gesellschaft 30.—, Wilhelm Weustein 25.—, Aktiengesellschaft f. Chem. Prod. vorm. G. Scheidemann 200.—.

Bei der Gemeindefasse:

Militär-Verein 100.—, Konrad Wege 10.—, de Laspe 5.—, Rudolf Engelmann 2.—, Frieda Roffel 5.—, Johann Rib 5.—, Rabenstein 3.—, Krasmann Wilh. 5.—, Rektor Herr 25.—, G. Heinz 12 50, Lehrer Solzer 5.—, Lehrer Reuter 5.—, Söhnelein Abtlingold 1000.—, Ungeannt 10.—, Jrl. Wölbert 2.—, Jrl. Wirth 2.—, Jrl. Probst 2.—, Jrl. Will 2.—, Jrl. Schwarz 2.—, Jrl. Färber 2.—, Jrl. Klippel 2.—, Ungeannt 2.—, Lehrer Dapper 5.—, Ungeannt 10.—, Wilh. Stoll 5.—, Heinrich Weber 20.—, Wilh. Lang 20.—, Dr. Dochnahl 10.—, A. Hagen 2 50, Heint. Seipel 11 25.—, Ww. Manns 5.—, Flora-Drogerie 10.—, Phil. Junfer 3.—, Jenner Ww. 10.—, Herr Schütz 20.—.

Allen Gebern herzlichen Dank!

Weitere Spenden werden mit Dank entgegengenommen.

Schierstein, den 30. Nov. 1918.

f. d. Arbeiter- u. Bauernrat: Gemeindevorstand u. Vertritt. Citner, Vorsitzender. Schmidt, Bürgermeister.

Schöne 3-Zimmerwohnung

mit allem Zubehör bis Januar zu mieten gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle.

Zu verkaufen:

Getr. Ueberzieher, Kragen und Manschetten.

Biedrichstr. 23, parl.

weiteres tüchtiges

Mädchen,

welches zu Hause schlafen kann, gesucht.

Franz Chr. Thiele,

Rheinstraße 9.

Ein neuer

Anzug

zu verkaufen.

Querstraße 2.

Zu verkaufen:

Ein Klavierstuhl, ein Sessel mit Seitenlehner, gute Polsterware. Herren-Wintermantel und verschiedene gut erhaltene Kleidungsstücke u. Schuhzeug. Ferner diverse Kinderstoffsachen, geeignet zu Weihnachtsgeschenken.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Photographische Heim- aufnahmen, Gruppen und Vergrößerungen nach jedem Bilde. Bestellungen für Vergrößerungen zu Weihnachten erbittet rechtzeitig.

E. Fabicht,
Photograph,
Mainzerstraße 29.

Schulranzen!

Größte Auswahl.

Billigste Preise

offert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnenstrasse 10
Reparaturen.